

An die
Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per Mail an: marktregeln@e-control.at

Wien, am 08.02.2019

Stellungnahme der RAG Austria AG zur Gaskennzeichnungs-VO

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend möchten wir gerne zum Entwurf der Gaskennzeichnungs-VO Stellung nehmen:

I.) Definition Gas / erneuerbare Gase:

Wir begrüßen die grundsätzlich offen gehaltene Definition für erneuerbare Gase. Insbesondere beim Begriff der Methanisierung sehen wir aber Bedarf zur Konkretisierung der umfassten Prozesse, da wir im aktuellen Entwurf das Power-to-Gas Projekt „Underground Sun Conversion“ nur bedingt abgebildet sehen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte daher eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass bei der Methanisierung auch biogene Herstellungsverfahren und die dabei stattfindenden mikrobiologischen Prozesse mitumfasst sein sollten, zumal der Begriff „**synthetisch**“ mitunter ein rein **technisch-katalytisches** Verfahren unterstellt. Unser nachfolgender Wording-Vorschlag trägt diesem Umstand entsprechend Rechnung:

Entwurf Verordnungstext:

Begriffsbestimmungen

§ 2. (1) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Gas“ in das Erdgasnetz eingespeistes Erdgas sowie gemäß den Regeln der Technik
 - a) auf Erdgasqualität aufbereitete biogene Gase oder
 - b) durch Anlagen zur Umwandlung von Strom ~~in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas~~ (Power-to-Gas-Anlagen) erzeugter Wasserstoff sowie ~~synthetisches Methan, das~~ in durch Methanisierung (einschließlich der herbeigeführten rezenten Methanisierung in geologischen Strukturen) von Wasserstoff erzeugt worden ist; auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch;

2. „erneuerbare Gase“ biogene Gase sowie ~~durch Wasserelektrolyse (Power-to-Gas) mittels der in Z. 1 lit. b) genannten Verfahren~~ erzeugter Wasserstoff und ~~synthetisches Methan, das durch wasserelektrolytisch erzeugten Wasserstoff und anschließende Methanisierung ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasmisch, das durch die in Z. 1 lit. b) genannten Verfahren entstanden oder erzeugt worden ist, sofern für die Wasserelektrolyse ein erneuerbarer Energieträger~~ Wasserstoffherzeugung erneuerbare Energie zum Einsatz gekommen ist;

3. „Gas aus sonstigen Energieträgern“ Gas, das weder Erdgas unter Z. 1 lit. a) und lit. b) noch ~~erneuerbares Gas ist.~~

~~(Z. 2) fällt.~~

(2) Im Übrigen gelten die Begriffsbestimmungen gemäß § 7 Abs. 1 GWG 2011.

(3) Personenbezogene Begriffe haben keine geschlechtsspezifische Bedeutung. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form anzuwenden.

Die von uns vorgeschlagenen Änderungen von „Methan“ auf „ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasmisch“ haben den Hintergrund, dass das Produkt eines jeden Methanisierungsprozesses immer noch Restkonzentrationen der Ausgangsstoffe (Wasserstoff und Kohlendioxid) enthält – das Produkt des Prozesses ist daher nicht ausschließlich (reines) Methan, sondern ein Gasmisch; dieses muss in seiner Qualität natürlich den geltenden Erdgasqualitätsbestimmungen entsprechen, bevor es in das Gasnetz eingespeist werden kann. Anhang 1 in Punkt B3 und C4 wären dann ebenfalls sinngemäß abzuändern.

Generell ist festzuhalten, dass in der derzeitigen Version die Kategorisierung von § 2 und jene in Anhang 1 voneinander abweichen: So würde bspw. Wasserstoff auf Basis nuklearer / fossiler Energieträger potentiell in Kategorie Abs 1 Z 1 lit b) fallen; im Anhang wäre er aber als Gas aus sonstigen Energieträgern zu qualifizieren. In diesem Zusammenhang regen wir an, den Anhang in seinem logischen Aufbau der Struktur von § 2 entsprechend anzupassen. Entscheidend ist zudem, dass „erneuerbare Gase“ auch tatsächlich mittels erneuerbarer Energien (und nicht Energieträgern) gewonnen werden.

Abschließend regen wir im Sinne der Einheit der Rechtsordnung an, die im Rahmen der Gaskennzeichnungs-VO festgelegten Definitionen inhaltsgleich in das GWG zu übernehmen.

II.) Geltungsdauer Herkunftsnachweis:

Vorab betonen wir unsere Unterstützung für die **verlängerte Geltungsdauer von Herkunftsnachweisen im Fall der Speicherung**. Diese Sichtweise wird allerdings nur in den Erläuternden Bemerkungen dargelegt und sollte unseres Erachtens unbedingt **auch im Rechtstext** Niederschlag finden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Bei der Geltungsdauer sehen wir das Bemühen den Geltungszeitraum generell möglichst lang zu erstrecken als kritisch. Einerseits wird der maximale Rahmen von 18 Monaten laut Richtlinie durch den nationalen Entwurf überschritten (bis zu 23 Monate wären laut nationaler Definition möglich), andererseits wird damit kein Anreiz geschaffen, das erneuerbare Gas – das hauptsächlich aus überschüssiger Wind- und Sonnenkraft im Sommer produziert wird – bedarfsgerecht für den Winter tatsächlich physisch vorzuhalten. Aus unserer Sicht erscheint daher eine gestaffelte Geltungsdauer als sinnvoll.

Wir schlagen vor, die **ursprüngliche Geltungsdauer der Herkunftsnachweise auf nur wenige Monate bzw. Wochen zu befristen mit der Möglichkeit diese Geltungsdauer für den Fall der Speicherung auf das gesetzlich vorgesehene Maximum auszudehnen**. Dies hätte einerseits positive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Österreich und andererseits würde dies zu Marktbelebung des Speichermarktes führen, zumal mit einer solchen Regelung **saisonale Produkte** entstehen könnten, die – weil die Möglichkeit zur Einpreisung von Speicherdienstleistungen besteht - auch unterschiedliche Preisniveaus rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen

RAG Austria AG
Rechtsabteilung



Mag. Peter Pichler